



**Gemeinsame
Pressemitteilung
der
Städte Meschede und
Olsberg
sowie der Gemeinde
Bestwig**

Aufnahme von Menschen aus der Ukraine: Heimische Kommunen bereiten sich vor

Meschede/Olsberg/Bestwig. Eine große Zahl von Menschen hat sich vor dem von Wladimir Putin begonnenen Angriffskrieg in der Ukraine in Sicherheit gebracht. Auch in NRW sind bereits die ersten Kriegsflüchtlinge angekommen. Die Städte Meschede und Olsberg und die Gemeinde Bestwig treffen Vorbereitungen für eine mögliche Aufnahme von Menschen aus der Ukraine.

Es gelte Menschen, deren Heimat mitten in Europa sich in ein Kriegsgebiet verwandelt habe, Sicherheit und Obdach zu gewähren, betont Meschedes Bürgermeister Christoph Weber. Gleichzeitig spüre man eine breite Welle der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung - und eine große Betroffenheit über die Ereignisse in der Ukraine, ergänzt Wolfgang Fischer, Bürgermeister der Stadt Olsberg. Schon jetzt gebe es auch zahlreiche bürgerschaftliche Hilfs-Angebote für die vom Krieg betroffenen Menschen, weiß Bürgermeister Ralf Péus (Bestwig) - deren Lage lasse die Bürgerinnen und Bürger in der heimischen Region nicht kalt.

Derzeit ist noch ungewiss, wann konkrete Zuweisungen von Kriegsflüchtlingen durch das Land NRW in die heimischen Kommunen erfolgen oder Menschen auf der Flucht vor dem Krieg auf anderen Wegen in den HSK kommen. Dennoch gelte es, sich auf die Aufnahme dieser Menschen einzustellen, betonen die Bürgermeister aus Meschede, Olsberg und Bestwig. Deshalb haben die drei Kommunen für Fragen, Hilfs- und vor allem Wohnungsangebote eigene E-Mail-Adressen eingerichtet. Unter ukrainehilfe@olsberg.de, ukrainehilfe@bestwig.de und hilfsangebote-ukraine@meschede.de setzen die heimischen Kommunen zum jetzigen Zeitpunkt vor allem darauf, dass aus der Bürgerschaft freier Wohnraum gemeldet wird, der für Kriegsflüchtlinge zur Verfügung gestellt werden kann.

Denn es müsse in einem ersten Schritt darum gehen, den Geflüchteten vor allem ein Dach über dem Kopf zu verschaffen, betont Christoph Weber. Dabei stehen die unmittelbaren Bedürfnisse zunächst im Vordergrund - „und das ist die Unterkunft.“ Zwar seien viele aufenthaltsrechtliche Fragen momentan noch nicht endgültig geklärt, ergänzt Ralf Péus - es gelte aber, für eine Aufnahme vorbereitet zu sein: „Wir können und werden diese Menschen, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind, nicht allein lassen.“ Neben der unmittelbaren humanitären Dimension, welche der Schutz von Geflüchteten aus der Ukraine habe, gehe es ebenso darum, für unsere Werte einzustehen, so Wolfgang Fischer: „Das sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - aber das ist auch die Solidarität.“

Zum jetzigen Zeitpunkt sei weder absehbar, wie viele Menschen in die heimische Region kommen werden, noch wie lange ihr Aufenthalt dauere und was für Hilfen und Unterstützung konkret notwendig seien, betonen Ralf Péus, Wolfgang Fischer und Christoph Weber. Sobald klar sei, was konkret auch von den Bürgerinnen und Bürgern getan werden könne, werde man dies kurzfristig öffentlich machen. Die Bewältigung der aktuellen Situation sei eine Aufgabe, welche die gesamte Gesellschaft betreffe – und angesichts des breiten Schulterschlusses in der Bürgerschaft, betonen Christoph Weber, Wolfgang Fischer und Ralf Péus, sei klar zu spüren, dass Bürgerschaft, Politik und Verwaltung entschieden bereit seien, Menschen aus der Ukraine hier gemeinschaftlich Schutz vor Krieg und ein Leben in Würde möglich zu machen.